



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Kantonale Volksabstimmungen vom 13. Februar 2022

Votations cantonales du 13 février 2022

Votazioni cantonali del 13 febbraio 2022

Übersicht / Aperçu / Panoramica

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert ; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

I oggetti accolti sono indicati in verde; i oggetti rifiutati sono indicati in rosso e la partecipazione in blu.

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales / Modifiche delle costituzioni cantonali



BL Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft betreffend Volksinitiativen



BS Kantonale Volksinitiative «Grundrechte für Primaten»



GE La loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (*Développement des réseaux thermiques structurants*) (A 2 00 – 12895) du 3 septembre 2021

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif / Referendum legislativo, obbligatorio o facoltativo



BE Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge



GE Loi modifiant la loi générale sur le logement et la protection des locataires (LGL) (*Pour la priorité du logement aux habitants du canton de Genève*) (I 4 05 – 12752) du 2 juillet 2021

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH-1700 Freiburg

Tel. +41 (0) 26 300 81 25

www.federalism.ch



SH

Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuerliche Attraktivierung des Wohnstandortes Schaffhausen)



SH

Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (Befristete Steuersenkung aufgrund Corona-Krise)

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives / Iniziative legislative



BL

Formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz»



JU

Initiative populaire cantonale « Partis politiques : place à la transparence ! »



JU

Contre-projet du Parlement à l'initiative populaire cantonale « Partis politiques : place à la transparence ! »

4. Finanzreferendum / Référendum financier / Referendum finanziario



LU

Tragung des Covid-bedingten Verlusts 2020 des Kantonsspitals in Form einer Aktienkapitalerhöhung



SO

Abgeltung der Ertragsausfälle und Mehrkosten an die Solothurner Spitäler und Kliniken aufgrund der Covid-19-Pandemie; Definitive Schlusszahlung 2020

Im Detail / Dans le détail / In dettaglio

BE



NEIN (52.98%)

44.53%

Stimmbeteiligung

Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge

Mit dem revidierten Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge¹ berechnet sich die Steuer bei Personenwagen, Lieferwagen, Kleinbussen und leichten Motorwagen neu aus einem Anteil für das Gesamtgewicht und einem Anteil für die CO₂-Emissionen des Fahrzeugs.

Nach geltender Rechtslage werden Strassenfahrzeuge einzig nach ihrem Gewicht besteuert.² Der Steuertarif nimmt stufenweise ab, je höher das Gewicht des Fahrzeuges ist. Neu soll bei Personenwagen und Lieferwagen eine Kombination aus Gewicht und CO₂-Ausstoss für die Besteuerung massgebend sein, bei Motorrädern eine Kombination aus Gewicht und Motorenleistung in Kilowatt. Bei den CO₂-Emissionen eines Fahrzeugs ist eine abgestufte progressive Besteuerung vorgesehen. Produziert ein Fahrzeug keine oder geringe CO₂-Emissionen, so fällt dieser Besteuerungsanteil gar nicht oder nur bescheiden ins Gewicht. Damit soll die Verwendung leichter oder schadstoffarmer Fahrzeuge steuerlich begünstigt werden. Schwerere Fahrzeuge mit höherem Schadstoffausstoss werden dagegen stärker belastet.

¹ Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge vom 12. März 1998 (BSFG), [BSG 761.611](#).

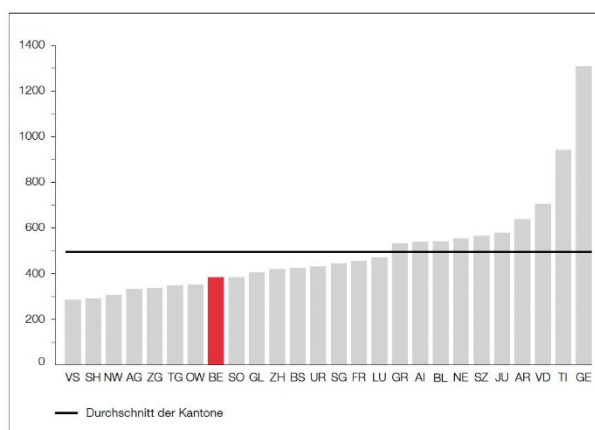
² Vgl. zur damaligen Abstimmung über eine Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge aus dem Jahr 2012 [Newsletter Votations 2012/09](#), S. 6 ff.

Die *Mehrheit des Grossen Rates* unterstützt die ökologische Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer. Nach Auffassung der Ratsmehrheit ermöglicht die Besteuerung der Fahrzeuge nach Gewicht und CO₂-Ausstoss die umweltpolitisch angestrebte Lenkungswirkung. Die Gesetzesänderung setze die richtigen Anreize, sei zeitgemäss und berücksichtige den Technologiewandel.

Eine *Minderheit des Grossen Rates* lehnt die Vorlage ab. Die heutige Besteuerung der Strassenfahrzeuge nach dem Gesamtgewicht habe sich bewährt und solle nicht geändert werden. Schliesslich sei von der Steuererhöhung vor allem die Bevölkerung in den Randregionen betroffen. Ausserdem sei eine Erhöhung der Steuer nur neun Jahre nach dem letzten Volksentscheid nicht gerechtfertigt.

Das *Referendumskomitee* lehnt die Vorlage ab, weil sie Ungerechtigkeiten schaffe und die Landbevölkerung besonders stark betreffe. Aufgrund fehlender ÖV-Angebote sei letztere aber zwingend auf ein Fahrzeug angewiesen und benötige je nach Wohn- und Arbeitsort ein Auto mit Allradantrieb respektive entsprechender Motorenleistung.

Besteuerung der Strassenfahrzeuge in den Kantonen 2021
(durchschnittlicher Steuerbetrag pro Jahr für die 30 meistverkauften Fahrzeugmodelle bei Personenwagen¹, in Franken)



Quelle: asa, Vereinigung der Strassenverkehrsämter.

Der Grosse Rat hat die Gesetzesänderung mit 101 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Botschaft des Grossen Rates des Kantons BE](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

BL



1. Formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz»

NEIN (64.30%)

Stimmbeteiligung

42.41%

Die formulierte Gesetzesinitiative «Klimaschutz» (LRV 2020/286) verlangt, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens auf kantonaler Ebene in einem neuen Klimaschutzgesetz festzuschreiben. Darüber hinaus soll der Regierungsrat dazu verpflichtet werden, die Senkung der Treibhausgasemissionen zu steuern und sich für die Erreichung der Ziele einzusetzen. Der Klimaschutz soll durch verwaltungsinterne Massnahmen mehr Bedeutung erhalten und systematischer koordiniert werden.

Regierungsrat und *Landrat* empfehlen den Stimmberechtigten die Ablehnung der formulierten Gesetzesinitiative «Klimaschutz». Aus Sicht des *Regierungsrats* genügen die heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen, damit der Kanton BL seinen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leisten kann. Die Forderungen der Gesetzesinitiative «Klimaschutz» seien teilweise weder umsetzbar noch zielführend. Zudem erarbeite der Kanton bis Anfang 2023 eine Klimaschutzstrategie. Damit solle aufgezeigt werden, wie die aus dem Pariser Klimaabkommen resultierenden Verpflichtungen auch im Kanton BL erfüllt werden können. 2021 wurde zudem von fünf Kantonen (AG, BL, BS, JU und SO) eine Klima-Charta verabschiedet (siehe unten, S. 4).

Nach Auffassung des *Initiativkomitees* verpflichtet sich der Kanton BL mit der Klimaschutz-Initiative, die Klimaziele von Paris zu erreichen. Volksentscheide aus anderen Kantonen zeigten, dass auch Kantone mit ländlicheren Gebieten (z.B. Kanton Bern) Klimaschutzmassnahmen anstreben.³ Darüber hinaus sei BL als wasserarmer Kanton besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen. Die Klimaschutz-Initiative schütze die Landwirtschaft, die Natur und die Menschen im Baselbiet.

Klima-Charta der Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die [Nordwestschweizer Regierungskonferenz \(NWRK\)](#) hat eine gemeinsame [Klima-Charta](#) erarbeitet, welche im Rahmen der Jubiläums-Plenarkonferenz zum 50-jährigen Bestehen der NWRK im Jahr 2021 vorgestellt wurde. Mehrere übergeordnete Verpflichtungen wie die Entwicklung einer eigenen kantonalen Klimastrategie bis im Jahr 2025 oder die Unterstützung der Netto-Null-Strategie des Bundes werden angestrebt.

(Quelle: www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/bau-und-umweltschutzdirektion/umweltschutz-energie/klima-1/klima-charta-der-nordwestschweizer-regierungskonferenz)

Der Landrat hat die vorliegende formulierte Gesetzesinitiative am 2. September 2021 mit 48:36 Stimmen abgelehnt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

2. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft betreffend Volksinitiativen

JA (77.25%)

Stimmbeteiligung

41.83%

Mit einer Volksinitiative können 1'500 Stimmberechtigte des Kantons Basel-Landschaft fordern, dass eine Verfassungs- oder Gesetzesbestimmung geändert wird (LRV 2021/172; vgl. § 28 KV/BL). Das Anliegen kann einen konkreten Verfassungs- oder Gesetzestext enthalten (formulierte Initiative) oder die angestrebte Änderung allgemein umschreiben (nichtformulierte Initiative). Die Kantonsverfassung regelt das generelle Recht auf Einreichung einer Initiative sowie das anwendbare Verfahren.

Mit der vorliegenden Revision sollen drei Anpassungen vorgenommen werden:

- Die Behandlungsfrist einer nichtformulierten Initiative soll vom Landrat mit Einwilligung des Initiativkomitees verlängert oder unterbrochen werden können. Bei formulierten Initiativen ist dies heute schon möglich.
- Bei Initiativen, die zu einer Gesetzesänderung führen, soll nicht mehr zwingend eine Volkabstimmung durchgeführt werden. Wird eine Initiative zugunsten einer im Landrat breit abgestützten Lösung zurück-

³ Vgl. die Abstimmungsvorlage in BE in [Newsletter Votations 2021/9](#), S. 3 ff.

gezogen, sollen die gleichen Vorgaben wie bei anderen Gesetzesvorhaben gelten. Wenn 4/5 der anwesenden Landratsmitglieder der Gesetzesänderung zustimmen, dann findet eine Volksabstimmung nur statt, wenn dies 1'500 Stimmberechtigte verlangen.

- Die Einführung einer zweijährigen Frist zum Sammeln der 1'500 Unterschriften, die zur Einreichung einer Initiative notwendig sind.

Einzig die Einführung einer Frist für die Unterschriftensammlung wurde im Landrat kontrovers diskutiert.

So befand *eine Minderheit der Ratsmitglieder*, eine Frist sei unnötig und stelle eine zusätzliche Einschränkung dar. Diese greife zu stark in die demokratischen Rechte ein. Zudem sei die zweijährige Frist für Organisationen, die nicht über die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen verfügten, zu kurz angesetzt. Insbesondere in einer Krisensituation stelle dies die Initiativkomitees vor eine grosse Herausforderung.

Die *Ratsmehrheit* war hingegen der Ansicht, dass eine Initiative ein aktuelles Anliegen beinhalten müsse. Mit der Unterschrift werde eine politische Willenskundgebung der stimmberechtigten Person abgegeben, die allenfalls nach ein paar Jahren nicht mehr in gleicher Masse vorliege. Die zweijährige Sammelfrist sei auch im Vergleich mit der Bundesregelung angemessen. So müssten auf Bundesebene 100'000 Unterschriften innert 18 Monaten gesammelt werden. Die vorgeschlagene Regelung auf Kantonsebene sei hier mit 24 Monaten und 1'500 Unterschriften weitaus grosszügiger.⁴

Der Landrat hat am 16. September 2021 mit 81 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung der Teilrevision der Verfassung des Kantons BL betreffend Volksinitiativen zugestimmt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

BS



NEIN (74.74%)

50.97%

Stimmbeteiligung

Kantonale Volksinitiative «Grundrechte für Primaten»

Die Initiative fordert eine Verfassungsergänzung, mit der allen nichtmenschlichen Primaten das Recht auf Leben und körperliche und geistige Unversehrtheit gewährt werden soll.

Die Primaten-Initiative verlangt, dass die Kantonsverfassung im Grundrechtsteil um einen Passus ergänzt wird, wonach für nichtmenschliche Primaten das Recht auf Leben und körperliche und geistige Unversehrtheit gewährleistet wird.

Aus Sicht des *Initiativkomitees* könne das Tierschutzgesetz die hochintelligenten, leidensfähigen und sozialen nichtmenschlichen Primaten nicht ausreichend schützen. Ihre fundamentalen Interessen, nicht zu leiden und nicht getötet zu werden, sollen deshalb mit Grundrechten gesichert werden.

Der *Regierungsrat* erachtet eine Verbesserung des Schutzes von Primaten durch die Verankerung von Grundrechten in der Kantonsverfassung als nicht zielführend. So seien Grundrechte primär als Abwehrrechte gegenüber dem Staat konzipiert. Da der Kanton und seine Institutionen keine Primaten halten

⁴ Für die anderen Kantone, vgl. [Newsletter Votations 2019/2](#), S. 28 ff.

würden, käme der Initiative vor diesem Hintergrund praktisch keine Bedeutung zu. Er verweist zudem auf das strenge Tierschutzgesetz der Schweiz.

Urteil des Bundesgerichts vom 16. September 2020

Nachdem der Grosse Rat die Initiative «Grundrechte für Primaten» im Jahr 2018 für ungültig erklärt hatte, hiess das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt im Jahr 2019 eine gegen die Ungültigkeitserklärung erhobene Beschwerde gut und erklärte die Initiative für zulässig. Das Bundesgericht wies in der Folge eine Beschwerde gegen die Zulässigkeitserklärung des Appellationsgerichts mit Urteil vom 16. September 2020 ab. Dem Initiativtext könne ein Sinn beigemessen werden, der mit übergeordnetem Recht vereinbar sei, zumal unmittelbar nur kantonale und kommunale Organe gebunden würden. Der Umstand, dass der Initiative durch die Begründung der Initianten mehr Bedeutung gegeben wird, als ihr tatsächlich zukommen kann, vermöge eine Ungültigkeitserklärung nicht zu rechtfertigen.

(Quelle : Medienmitteilung des Bundesgerichts zum Urteil [1C_105/2019](#))

An seiner Sitzung vom 17. November 2021 sprach sich der Grosse Rat mit 55 zu 25 Stimmen gegen die Initiative «Grundrechte für Primaten» aus.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Staatskanzlei Basel-Stadt – Wahlen und Abstimmungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

GE



- Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (Développement des réseaux thermiques structurants) (A 2 00 – 12895) du 3 septembre 2021**

OUI (79.25%)

Participation

40.69%

La loi constitutionnelle 12895 vise à établir un monopole de droit cantonal pour le déploiement des réseaux thermiques structurants (réseaux principaux), ainsi que pour la distribution et la fourniture d'énergie de ceux-ci.

Seuls les réseaux thermiques structurants du canton seront soumis au régime du monopole. Les réseaux non structurants, notamment les réseaux de quartiers, ne sont pas compris dans ce monopole et pourront être réalisés et exploités par des entreprises privées.

Le *Conseil d'Etat*, qui est l'auteur de ce projet de loi constitutionnelle, considère qu'un déploiement des réseaux thermiques structurants alimentés prioritairement en énergies renouvelables et de récupération de chaleur est essentiel pour réussir la transition écologique du parc bâti, en réduisant les émissions de gaz à effet de serre et la dépendance aux énergies fossiles.

- Loi modifiant la loi générale sur le logement et la protection des locataires (LGL) (Pour la priorité du logement aux habitants du canton de Genève) (I 4 05 – 12752) du 2 juillet 2021**

OUI (50.69%)

Participation

40.69%

La loi générale sur le logement et la protection des locataires⁵ est la loi qui régit la politique en matière de logements subventionnés dans le canton de Genève. Actuellement, cette loi prévoit que, pour accéder aux logements subventionnés, il faut être assujéti à l'impôt sur le revenu à Genève et avoir, en principe, résidé dans le canton pendant 2 années continues durant les 5 dernières années. La modification soumise à votation prolonge la durée de ces délais, en prévoyant désormais qu'il

⁵ Loi générale sur le logement et la protection des locataires du 4 décembre 1977 (LGL), [rs/GE I 4 05](#).

faut avoir résidé dans le canton au moins pendant 4 années continues au cours des 8 dernières années.

La pénurie de logements est forte à Genève et la *majorité du Grand Conseil* est ainsi d'avis qu'il convient d'accorder la priorité aux résidents genevois de longue date plutôt qu'aux résidents arrivés récemment sur le territoire. Pour *une minorité du Grand Conseil* la durée actuelle de résidence dans le canton est suffisante. La prolongation de cette période est problématique et placerait un grand nombre de personnes dans la précarité.

Le *Conseil d'Etat* s'oppose à la loi, qui est l'objet de ce référendum, car celle-ci ne résoudrait pas le problème du déséquilibre entre les besoins sociaux et l'offre actuelle de logements. Au contraire, elle provoquerait des effets collatéraux pervers pour l'ensemble de la population genevoise et engendrerait d'importants coûts supplémentaires pour l'Etat.

Le *comité référendaire* estime que cette loi n'apporte aucune solution à la pénurie de logements à Genève, qu'elle serait antisociale et discriminatoire. Elle irait au contraire empirer la situation en retardant l'accès à un logement bon marché et pousserait celles et ceux qui le peuvent à s'installer en France voisine ou dans le canton de Vaud.

Que sont les logements subventionnés à Genève ?

Les logements subventionnés sont des appartements pour lesquels l'Etat de Genève accorde, de façon directe ou indirecte, des aides à leurs propriétaires, telles que notamment des avantages fiscaux, une subvention à l'exploitation, des subventions personnalisées en faveur de ses locataires ou le cautionnement de prêts hypothécaires.

Il existe 3 types de logements subventionnés :

- les HBM (habitations bon marché) destinées aux personnes à revenu très modeste, détenues principalement par les fondations immobilières de droit public ;
- les HLM (habitations à loyer modéré) destinées aux personnes à revenu modeste ;
- les HM (habitations mixtes) destinées majoritairement à des personnes susceptibles de percevoir une subvention personnalisée.

(Source : www.ge.ch/logement-subventionne)

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

JU



1. Initiative populaire cantonale « Partis politiques : place à la transparence ! »

OUI (59.92%)

Participation

33.32%

L'initiative demande que les partis politiques et autres formations politiques, les comités de campagne (comités d'initiative et comités référendaires), ainsi que toute organisation participant à des élections et à des votes populaires organisés en application de la loi cantonale sur les droits politiques dans le canton et dans les communes publient leurs comptes et leurs sources de financement.

La question de la transparence du financement de la vie politique (partis politiques, de toutes les organisations actives en politique, ainsi que des campagnes électorales et de votations) est un sujet d'actualité

tant au niveau fédéral que dans de nombreux cantons.⁶ Cette question se retrouve également au niveau européen avec le Groupe d'Etats contre la Corruption du Conseil de l'Europe (GRECO)⁷ qui rend régulièrement des rapports d'évaluation en particulier sur la transparence du financement des partis politiques.

Pour les *initiants*, cette initiative permettrait d'obtenir plus de transparence dans le financement des partis et des campagnes politiques car, en Suisse, très peu d'informations concernant le financement des partis seront publiques. Pour le *comité d'initiative*, la transparence est une nécessité pour permettre la libre formation de l'opinion populaire.

Le *Parlement* a préféré opposer un contre-projet.

2. Contre-projet du Parlement à l'initiative populaire cantonale « Partis politiques : place à la transparence ! »

NON (55.22%)

Participation

33.10%

Une majorité du Parlement, soutenue par le Gouvernement, a toutefois considéré que l'initiative, bien que conçue en termes généraux, contiendrait certaines précisions qui risquent de trop limiter la marge de manœuvre du Parlement dans le cadre de l'adoption des dispositions légales visant à sa réalisation.

Si le contre-projet était accepté, le Parlement procéderait à une modification partielle de la loi sur les droits politiques du 26 octobre 1978⁸ par l'adjonction d'un chapitre consacré à la publication des comptes des partis politiques et des organisations participant à des campagnes en vue d'élections et de votations populaires. Le texte préciserait le cercle exact des organisations soumises à l'obligation de publier, les données objets de la publication, le mode de vérification, le mode de publication, le montant à partir duquel l'identité du donateur ou de la donatrice sera publiée, les voies de recours et les sanctions.

Pour les *initiants* en supprimant des éléments contraignants (ex : possibilité de fixer un seuil au-dessous duquel les organisations seront dispensées des nouvelles obligations de transparence), le contre-projet ne correspond pas à la volonté des signataires.

Des lois équivalentes dans d'autres cantons

- Dans le canton du Tessin, la loi cantonale sur l'exercice des droits politiques, entrée en vigueur en 2019, impose des prescriptions en matière de financement des partis politiques et de transparence (art. 90 et 91 LEDP/TI, [RL/TI 150.100](#)) ;
- Dans le canton de Neuchâtel, les dispositions légales sur le financement des partis politiques ont été introduites dans la loi sur les droits politiques du 17 octobre 1984 et sont entrées en vigueur en 2015 (art. 133a à 133p LDP/NE, [RSN 141](#)) ;
- Dans le canton de Genève, la loi sur l'exercice des droits politiques du 15 octobre 1982 prévoit des prescriptions de transparence (art. 29A LEDP/GE, [rs/GE A 505](#)) ;
- Dans le canton de Vaud, la nouvelle loi sur l'exercice des droits politique est entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2022 et contient des dispositions sur la transparence du financement de la vie politique (art. 25 et 26 LEDP/VD, [BLV 160.01](#)) ;
- Dans le canton de Fribourg, l'initiative constitutionnelle « Transparence et financement de la politique » a été adoptée par les électeurs et électrices le 4 mars 2018.⁹ Le 1^{er} janvier 2021 est entrée en vigueur la loi sur le financement de la politique du 16 décembre 2020 qui prévoit notamment que les groupements

⁶ Cf. Contributions "Actualités" des Newsletters IFF 4/2020, p.5 ; 1/2021, p. 5 et 2/2021, p. 3.

⁷ Le [Groupe d'Etats contre la Corruption du Conseil de l'Europe \(GRECO\)](#) a été créé en 1999 pour veiller au respect des normes anticorruption par les Etats membres. Le 21 octobre 2011, le GRECO a rendu un [rapport sur le financement des partis politiques en Suisse](#).

⁸ Loi sur les droits politiques du 26 octobre 1978, [RSJU 161.1](#).

⁹ Cf. [Newsletter Votations 2018/3](#), pp. 16–17.

politiques ont l'obligation d'annoncer leurs budgets et comptes de campagnes si le montant total engagé dépasse 10'000 francs (art. 7 LFiPol/FR, [RSF 115.5](#)) ;

- Dans le canton de Schwyz, une initiative constitutionnelle pour l'adoption de règles sur la transparence financière des partis politiques a également été adoptée par le peuple le 4 mars 2018¹⁰. Suite à cette adoption, une loi sur la transparence a été adoptée en votation l'année suivante. Or, les initiants n'ont pas été satisfaits par cette loi estimant notamment que les limites financières et temporelles inscrites dans la loi offraient trop d'échappatoires. Ils ont donc fait recours devant le Tribunal fédéral qui leur a partiellement donné raison (arrêt du 26 octobre 2020, TF [1C_388/2019](#)).
- Dans le canton de Schaffhouse, une initiative sur la transparence du financement de la politique a été adoptée le 9 février 2020. Le Conseil d'Etat est en train d'édicter une législation d'application correspondante, ce qui s'avère difficile. Entre-temps, une motion a été déposée, dont l'objectif est de modifier la nouvelle disposition constitutionnelle et de la formuler de manière plus ouverte, afin que la législation d'application laisse davantage de marge de manœuvre pour une réglementation appropriée.¹¹

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Message du Gouvernement aux citoyennes et citoyens](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

LU



JA 75.31%

45.42%

Stimmbeteiligung

Tragung des Covid-bedingten Verlusts 2020 des Kantonsspitals in Form einer Aktienkapitalerhöhung

Das Luzerner Kantonsspital (LUKS) hat im Jahr 2020 wegen der Corona-Pandemie einen Verlust von 25.9 Mio. Franken verbucht. Der Kanton als Eigner des Spitals hat beschlossen, diesen Verlust mit einer Aktienkapitalerhöhung in gleicher Höhe zu kompensieren.

Der *Regierungsrat* und der *Kantonsrat* haben sich für eine Unterstützung in der Form einer Aktienkapitalerhöhung entschieden. Eine Aktienkapitalerhöhung stärke das Eigenkapital des Unternehmens unmittelbar, sowohl absolut wie auch im Verhältnis zum Fremdkapital. Zudem sei eine Aktienkapitalerhöhung eine Massnahme mit guter Aussenwirkung im Hinblick auf die anstehenden Investitionen. Mit dem erhöhten Aktienkapital erhalte zudem auch der Kanton einen Gegenwert und könne in guten Zeiten von Dividenden profitieren.

Mehrkosten durch Covid-19-Schutzmassnahmen

Im Vergleich zu 2019 erhöhte sich die Stellenzahl um 3 Prozent auf im Jahresmittel rund 8'800 Vollzeitstellen. Die Personalkosten betragen knapp drei Fünftel des gesamten Betriebsaufwands. Dieser erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 6 Prozent auf rund 1.56 Mia. Franken. Covid-19-Schutzmassnahmen hatten zu Mehrkosten geführt, während der Rückgang der Hospitalisierungen um 5 Prozent Mindereinnahmen zur Folge hatte. Ein stationärer Fall (mit Leistungsabrechnung über die obligatorische Krankenpflegeversicherung) kostete 2020 im Durchschnitt knapp 14'800 Franken, 10 Prozent mehr als im Vorjahr.

(Quelle : [LUSTAT Statistik Luzern](#))

¹⁰ Cf. [Newsletter Votations 2018/3](#), pp. 26–28.

¹¹ Cf. communiqués de la chancellerie d'Etat SH du [19.03.2021](#) et du [19.01.2022](#).

In der Schlussabstimmung stimmte der Kantonsrat dem Dekret über den Kredit von 25.9 Mio. Franken für die Tragung des Covid-bedingten Verlusts 2020 des Kantonsspitals in Form einer Aktienkapitalerhöhung mit 99 gegen 1 Stimme zu.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Bericht des Regierungsrates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

SH



1. Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuerliche Attraktivierung des Wohnstandortes Schaffhausen)

JA (72.32%)

66.95%

Stimmbeteiligung

Die beantragte Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 20. März 2000 bezweckt die steuerliche Attraktivierung des Wohnstandortes Schaffhausen. Vorgesehen ist eine Erhöhung der Versicherungsabzüge für natürliche Personen sowie eine Senkung der Tarife bei der Vermögenssteuer.

Eine *Mehrheit des Kantonsrats* befürwortet die Vorlage. Der Kantonshaushalt sei finanziell sehr gesund. Die Situation müsse genutzt werden, um die Steuern gezielt dort zu senken, wo Bedarf bestehe und der Kanton als Wohnstandort attraktiver gemacht werden könne. Durch diese Anpassungen wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der privaten Haushalte gestärkt und verringert sich der Abstand der steuerlichen Belastung zu den Nachbar Kantonen Thurgau und Zürich weiter.

Die Senkung der Vermögenssteuer wird von einer *Minderheit des Kantonsrats* abgelehnt. Die Mehrheit der Bevölkerung würde von Tarifsenkungen bei der Vermögenssteuer nicht profitieren. Es sei zudem der falsche Zeitpunkt, die Vermögenssteuern zu senken, da viele Personen wegen der Krise Einkommensausfälle und Kurzarbeit zu verzeichnen hätten. Die Steuerausfälle in Millionenhöhe würden bei späteren Ertragseinbussen fehlen.

Der Kantonsrat hat der vorliegenden Gesetzesänderung mit 35 Ja- zu 20 Nein-Stimmen (keine Enthaltungen) zugestimmt.

2. Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (Befristete Steuersenkung aufgrund Corona-Krise)

JA (72.99%)

66.97%

Stimmbeteiligung

Die Corona-Krise wirkt sich erheblich auf die Wirtschaft und die Bevölkerung aus. Die Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 20. März 2000¹² bezweckt, die finanzielle Situation der Bevölkerung und der Wirtschaft mittelfristig zu stabilisieren. Während den Jahren 2022 bis 2024 sollen hierfür steuerliche Entlastungen gelten. Ab 2025 wird wieder der ungekürzten Steuerfuss zur Anwendung gelangen.

Mit der Vorlage ist vorgesehen, dass der Kantonssteuerfuss befristet um zwei Prozent der einfachen Kantonssteuer gesenkt wird (Art. 240 Abs. 1 StG). Zudem sollen die Entlastungsabzüge, welche vom Reineinkommen als steuerfreie Beträge abgezogen werden können, vorübergehend um 50 Prozent erhöht werden (Art. 37 Abs. 1 lit. d StG).

¹² Gesetz über die direkten Steuern vom 20. März 2000 (Steuergesetz; StG), [SHR 641.100](#).

Eine *Mehrheit des Kantonsrats* befürwortet die Vorlage. Das Gesamtpaket sei ausgewogen, sozial und wirksam. Im Unterschied zur ursprünglich vom Regierungsrat ausgearbeiteten Vorlage würden dank der Erhöhung der Entlastungsabzüge auch die tiefen Einkommensstufen spürbar profitieren. Mit Blick auf die Gewinneinbussen und -ausfälle von der durch die Krise stark betroffenen Unternehmen sei die Reduktion der Mindeststeuer und der Minimalsteuer adäquat.

Eine *Minderheit des Kantonsrats* lehnt die Vorlage ab. Besonders störend empfindet sie, dass für alle juristischen Personen der Steuerfuss gesenkt werden soll. Es sei paradox, Unternehmen zu entlasten, welche nicht unter der Corona-Krise gelitten hätten.

Der Kantonsrat hat der vorliegenden Gesetzesänderung mit 37 Ja- zu 18 Nein-Stimmen (zwei Enthaltungen) zugestimmt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Schaffhauser Abstimmungs-Magazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

SO



JA (66.19%)

40.06%

Stimmbeteiligung

Abgeltung der Ertragsausfälle und Mehrkosten an die Solothurner Spitäler und Kliniken aufgrund der Covid-19-Pandemie; Definitive Schlusszahlung 2020

Bereits mit der Abstimmung vom 25. April 2021 hat das Solothurner Stimmvolk Akontozahlungen an die Ertragsausfälle 2020 der Solothurner Spitäler und Kliniken in der Höhe von 16.2 Mio. Franken mit 71 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen.¹³ Damit sollten die Ertragsausfälle der ersten Welle der Covid-19-Pandemie abgegolten werden.

In der vorliegenden Abstimmung geht es nun darum, die Ertragsausfälle und Mehrkosten für das ganze Jahr 2020 mit Schlusszahlungen an die Solothurner Spitäler und Kliniken definitiv abzugelten. *Kantons- und Regierungsrat* empfehlen die Abgeltung der Ertragsausfälle und die Entschädigung der Mehrkosten an die Solothurner Spitäler und Kliniken aufgrund der Covid-19-Pandemie aus folgenden Gründen:

- Die Kantone seien für die Sicherstellung der Spitalversorgung für ihre Bevölkerung zuständig;
- Die Spitäler und Kliniken sollten für die Ertragsausfälle sowie für die angefallenen Mehrkosten aufgrund der Covid-19-Pandemie angemessen entschädigt werden;
- Nur Ertragsausfälle und Mehrkosten im Zusammenhang mit der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sowie der Invaliden-, Militär- und Unfallversicherung würden berücksichtigt, nicht jedoch Ertragsausfälle im Zusatzversicherungsbereich (halbprivat- und privatversicherte Patientinnen und Patienten);
- Für das Jahr 2020 dürften die Empfänger von Abschlusszahlungen keine Dividenden ausbezahlen.

Aus heutiger Sicht ist es eher unwahrscheinlich, dass sich der Bund oder die Krankenversicherer an den Ertragsausfällen und Mehrkosten beteiligen. Somit kommen aktuell nur die Kantone, die auch für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung zuständig sind, für die Finanzierung in Frage. Da es sich bei

¹³ Vgl. [Wahl- und Abstimmungsergebnisse 2021](#).

den Ertragsausfällen und Mehrkosten von öffentlichen und privaten Spitälern und Kliniken mit Standort im Kanton SO um neue Ausgaben handelt, unterliegt die Vorlage einer Volksabstimmung.

Der Kantonsrat hat der Vorlage am 7. Dezember 2021 mit 84 zu 8 Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[AbstimmungsInfo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)